

## **Rede zum Haushaltsplanentwurf 2026**

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

wir haben in den vergangenen Wochen beobachten können, wie eine Kommune nach der anderen ihren Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 in den Gemeinderat eingebracht hat und dabei ist der Tenor eigentlich immer derselbe: die Haushalte können im Ergebnishaushalt nicht mehr ausgeglichen werden, was letztendlich bedeutet, dass wir nicht mehr in der Lage sind, unsere Abschreibungen zu erwirtschaften und dadurch ein Werteverzehr stattfindet, ähnlich dem wie wir es früher bei der Kameralistik erlebt haben.

Da dies bei den meisten Kommunen, so auch in Wendlingen am Neckar, nun nicht zum ersten Mal passiert, ist klar, dass die finanziellen Polster, die wir uns in den guten Jahren erarbeiten konnten um neue Investitionen zu tätigen, zwischenzeitlich nahezu aufgebraucht sind. Wenn aber der Ergebnishaushalt keine Überschüsse erwirtschaftet, so speist sich der Finanzhaushalt, damit die Investitionen der Stadt, ausschließlich aus Zuschüssen und Zuwendungen des Landes, des Bundes und der EU, sowie eventuell aus Veräußerungserlösen von Vermögenswerten.

Wenn diese beiden Seiten nicht mehr auskömmlich sind, muss auf eine Fremdfinanzierung zurückgegriffen werden, das bedeutet es müssen Kredite aufgenommen werden, deren Folgen wiederum zusätzlich im Ergebnishaushalt zu erwirtschaften sind.

Wir schaffen es aufgrund der sehr guten Ergebnisse der Vorjahre und auch einer deutlichen Reduzierung im Investitionsprogramm, gemessen an den Vorjahren, auch im Jahr 2026, ohne Kreditaufnahme auszukommen und die notwendigen Investitionen aus eigenen Mitteln zu tätigen. Damit gehört die Stadt Wendlingen am Neckar wieder zu den Ausnahmen, was nicht bedeutet, dass wir nicht ebenfalls in einer sehr schwierigen Haushaltslage sind.

Hatten wir im vergangenen Jahr geplant noch einen ordentlichen Fehlbetrag von 2,58 Millionen €, so wächst er in diesem Jahr auf voraussichtlich 2,89 Millionen € an. Wenn wir das vorhin Gesagte berücksichtigen wird klar, dass wenn uns nicht ganz grundsätzliche Änderungen im Ergebnishaushalt gelingen, dieser Weg zwangsläufig in den kommenden Jahren in die Verschuldung führen muss. Wir haben das Investitionsprogramm der Stadt von einstmal 12 Millionen € pro Jahr auf zwischenzeitlich rund 6 Millionen € reduziert. Eine weitere Reduktion ist nicht vorstellbar, wenn wir berücksichtigen, dass das vorhandene Infrastrukturvermögen in regelmäßigen Abständen erneuert werden muss.

Die Stadtverwaltung hat bereits im vergangenen Jahr auf diese Entwicklung reagiert und die großen Positionen im Ergebnishaushalt im Planansatz für das Haushaltsjahr 2025 und vor allem für das kommende Jahr 2026 deutlich reduziert. Dies gilt insbesondere für die Planungs- und Beratungskosten, die um rund 30 % reduziert werden konnten, da wir deutlich mehr Leistungen mit eigenem Personal erbringen als in der Vergangenheit.

Unsere Betriebsausgaben werden ebenfalls nach und nach reduziert, weil wir durch die veranlassten energetischen Maßnahmen zu entsprechendem Einsparungspotenzial kommen. Letztlich sollte auch die umfangreiche und ständige Sanierung von Gebäuden

dazu führen, dass der Unterhaltungsaufwand für unser Infrastrukturvermögen reduziert wird. Insoweit sind wir hier auf einem guten Pfad.

Einzig die Personalausgaben steigen weiter und zwar mit beängstigenden Steigerungsraten. Aus diesem Grund muss selbstverständlich diese Position ganz besonderes Augenmerk erlangen. Wir sind derzeit dabei im Detail zu analysieren, worauf die Steigerung auf zwischenzeitlich 15,7 Millionen € zurückzuführen ist. Dabei fallen selbstverständlich die Tarif- und Besoldungssteigerungen besonders ins Gewicht. Die Bruttojahresgehälter bzw. Pensionen entsprechen aber darüber hinaus bei weitem nicht dem Arbeitgeberaufwand. Der ist deutlich höher, weil die zu entrichtenden Arbeitgeberanteile, insbesondere auch im Beamtenbereich was die Pensionslasten anbelangt, exorbitant gestiegen sind.

Selbstverständlich spielt auch die Frage von Personalausstattungen in einzelnen Bereichen eine gewichtige Rolle, weswegen wir insbesondere im Bereich des pädagogischen Personals sehr genau die Personalausstattung betrachten müssen und insbesondere zu keinem weiteren Aufbau kommen können. Folgerichtig haben wir miteinander vereinbart, dass vier neu zu schaffende Stellen im pädagogischen Bereich für die Erweiterung der Öffnungszeiten unter einem Sperrvermerk stehen, der nur dann aufgehoben werden kann, wenn die Verwaltung zweifelsfrei nachweisen kann, dass diese Stellen auch tatsächlich erforderlich sind, um die angestrebten Öffnungszeiten im Kindergartenjahr 2026/27 zu erreichen. Wir werden wie andere Kommunen auch, für uns wichtige Ausweitungen über den Personalschlüssel, der durch den KVJS vorgegeben ist hinaus, infrage stellen müssen und auch gegebenenfalls wieder zurücknehmen. Allein 113 der insgesamt 260 Personalstellen der Stadtverwaltung sind im pädagogischen Bereich angesiedelt, weswegen selbstverständlich dieser Bereich ganz besonders in den Blick genommen werden muss.

Wir wertschätzen unser Personal auch durch die Zahlung von Benefits in allen Bereichen sehr und uns ist weiterhin daran gelegen, dass ein gutes Arbeiten bei uns der Regelfall ist. Allerdings werden wir in der Zukunft auch vom Personal abverlangen müssen, dass es Beiträge zur Konsolidierung des Ergebnishaushaltes leistet. Die Verwaltung hat bei der Einbringung des Entwurfs darauf verzichtet, künstliche Reduzierungen der Personalkostenhochrechnung und damit des zu erwartenden Personalaufwandes durch sogenannte globale Minderausgaben vorzuschlagen. Eine Akzeptanz dessen durch den Gemeinderat setzt aber voraus, dass wir nachweislich an jede einzelne Stelle, die wieder besetzt werden soll, zunächst ein Fragezeichen setzen und gegebenenfalls auch zu Reduzierungen kommen. Die Verwaltung hat dies im vergangenen Jahr bereits bewiesen, unter anderem bei der nicht wiederbesetzten Stelle des Wirtschaftsförderers der Stadt, oder der internen Regelung bei der Stelle des Stv. Kämmerers. Wir erwarten weiterhin Synergieeffekte durch die Integration der Stadtbau GmbH in die Organisation der Stadtverwaltung, die abgeschlossen ist, so dass die Räumlichkeiten in der Brückenstraße einer Vermietung zugeführt werden können. Wir werden diesen Weg im Jahr 2026, wo möglich, auch fortsetzen.

Personaleinsparungen können aber im öffentlichen Dienst nur dann in größerem Stil erfolgen, wenn gleichzeitig auch Aufgaben entfallen und nicht immer weitere hinzukommen. Anders als produzierende Betriebe ergibt sich ein geringerer Bedarf bei uns eben nicht aus einer zurückgehenden Auftragslage.

Aber selbst für den Fall, dass es uns gelingt mehrere Stellen einzusparen, wird dies nicht ausreichend sein, um einen Fehlbetrag von 2,9 Millionen € jährlich zu erwirtschaften.

Diese Zahl, die verglichen mit anderen Kommunen noch deutlich milde ausfällt zeigt, dass die kommunalen Haushalte strukturell unterfinanziert sind, weil uns seitens des Landes nicht ausreichend Mittel zur Finanzierung unserer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Selbst wenn wir auf sämtliche Freiwilligkeitsleistungen unserer Stadt verzichten würden, würde der Betrag nicht ausreichen, um das genannte Defizit abzudecken. Es muss zu dauerhaften, verlässlichen und kalkulierbaren Mehreinnahmen durch entsprechende Zuweisungen durch das Land kommen und es ist sehr darauf zu hoffen, dass dieser Diskussionsprozess nach den Landtagswahlen mit nochmals deutlich mehr Intensität aufgenommen wird.

Steuererhöhungen sind an dieser Stelle im Übrigen nicht das richtige Mittel der Wahl. Zum einen sind Steuermittel nachrangige Finanzierungsmittel gegenüber Gebühren und anderen Entgelten, zum anderen haben wir den Menschen nach der Grundsteuerreform und der Einführung der Grundsteuer C das Versprechen gegeben, dass wir in den kommenden Jahren auf weitere Veränderungen in der Grundsteuer verzichten und bei der Gewerbesteuer sorgt die Finanzarithmetik des Landes dafür, dass höhere Einnahmen durch die Erhöhung der Steuerkraftsumme, die verzögerte Reduzierung bei den FAG-Zuweisungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, zu einem weitestgehenden Verzehr der Mehreinnahmen führt. Im Übrigen wäre eine weitere steuerliche Belastung unserer Unternehmen in ohnehin wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit Sicherheit kontraproduktiv.

Wir werden uns also, außer einer verstärkten Aufgabenkritik verbunden mit dem Ziel zu Personalkosteneinsparungen zu kommen, in erster Linie auch mit Gebühren und Entgelten zu beschäftigen haben. Dort wo die Stadt eine konkrete Gegenleistung von Dienstleistungsempfängern erhalten kann, müssen diese Entgelte angepasst werden, um einen höheren Kostendeckungsbeitrag zur Gesamtfinanzierung des Ergebnishaushaltes zu leisten.

Kommen wir damit zum Finanzhaushalt der Stadt, der wie gesagt, ein deutlich geringeres Volumen, wie schon im Jahr 2025 einnimmt, als in den Jahren davor. Weiterhin stehen keine großen neuen Investitionen an.

Dies bezieht sich auch auf den neu geplanten Kindergarten Im Steinriegel. Ich habe vorhin ausgeführt, dass wir bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs 2026 nochmals alle Positionen hinterfragt, neu bewertet und gegebenenfalls angepasst haben. Die aktuelle Anmeldesituation in unseren Kindertageseinrichtungen zeigt auf, dass wir durch die bereits im vergangenen Jahr getroffenen Strukturänderungen in der Gruppenzusammensetzung erreichen konnten, dass wir derzeit davon ausgehen können, dass wir zumindest im Jahr 2026/27 die erforderlichen Kindergarten- und Kinderkrippenplätze mit den vorhandenen Einrichtungen abbilden können.

Da wir in jedem Fall vermeiden müssen zusätzliche Infrastruktur zu schaffen, die die Stadt weiterhin finanziell belasten würde und Einrichtungen in Betrieb gehen zu lassen, die wiederum mit zusätzlichem Personal besetzt werden müssten, werden wir die weiteren Planungen Im Steinriegel zunächst stoppen, um die weitere Entwicklung abzuwarten.

Insofern wird es Im Steinriegel im Jahr 2026 nicht wie geplant zu einer Bautätigkeit kommen und der ursprünglich dort angesetzte Planansatz von 1 Million € kann zunächst um ein Jahr verschoben werden. Wir werden die Lage im kommenden Jahr sehr genau

beobachten um gegebenenfalls dann wieder in die Planungen einzusteigen, wenn sich abzeichnet, dass wir doch auf diese Plätze nicht verzichten können.

Demgegenüber haben wir uns entschieden, fünf Maßnahmen aus dem Freiwilligkeitsbereich in den Haushaltsentwurf mit aufzunehmen, weil dies förder technisch sinnvoll ist, bzw. uns Folgekosten für die Zukunft erspart.

Bei diesen fünf Maßnahmen handelt es sich um 200.000 € für die Erstellung weiterer Photovoltaikanlagen, 100.000 € für die Erstellung eines Fußballkäfigs auf dem Schwanenplatz, bei dieser Maßnahme könnten derzeit 60 % Förderung erlangt werden, sodass die tatsächlichen Kosten für die Stadt bei 40.000 € lägen, die Belagssanierung für den Roten Platz hinter der Sporthalle im Grund, da auch diese Maßnahme über das Sportstättenförderprogramm gefördert werden könnte, allgemeine Maßnahmen zur weiteren Umsetzung des Masterplan Radwege um zeitnah die Planung umsetzen zu können, sowie die erforderlichen Planungsmaßnahmen zur Aufnahme ins Landessanierungsprogramm für den Stadtteil Unterboihingen, um städtebauliche Missstände von der Sporthalle Am Berg über den neu zu erstellenden Kreisverkehr an der Kreuzung Hauptstraße / Kreuzstraße bis zur Planung des Platzes vor dem Stadtmuseum zu beseitigen.

Zwei wichtige Hinweise zu den weiteren Beratungen möchte ich ihnen noch geben. Wir haben für eine Video Aufzeichnung am Bahnhof und an den Schulhöfen noch keinen Mittelansatz in den Entwurf aufgenommen. Nach den Beratungen im laufenden Jahr gehe ich davon aus, dass es hierzu Anträge geben wird. Diese müssen dann beraten und ggfls. die erforderlichen Mittel über das Änderungsverzeichnis nachgesteuert werden. Sollte im folgenden Tagesordnungspunkt entschieden werden, dass wir auch die Sanierung des Kunstrasenfeldes in den Antrag für das Sportstätten-sanierungsprogramm aufnehmen, müssten auch diese Mittel über das Änderungsverzeichnis aufgenommen werden.

Insgesamt sind im Finanzhaushalt damit derzeit lediglich Maßnahmen von rund 6,5 Millionen € geplant.

Neben den bekannten beiden Bauwerken am Feuerwehrhaus bzw. dem Wohngebäude Taläcker ist dies in erster Linie der schnell und neu zu beginnende Erweiterungsbau für die Mensa an der Gartenschule, um die Mittagessensversorgung für den Ganztagsbetreuung der Kinder im kommenden Schuljahr sicherzustellen.

Im Bereich der Eigenbetriebe werden wir uns bei der Wasserversorgung in erster Linie auf die Erneuerung der Wasserleitungen im Bereich „Im Städtle“ in Wendlingen konzentrieren, sowie unseren Neubau des Wasserwerks in Angriff nehmen.

Insgesamt zeigt der Haushaltsentwurf große Zurückhaltung bei allen investiven Maßnahmen und ein kritisches Überdenken der Ansätze im Ergebnishaushalt. Die Problematik, dass sich die kommunalen Haushalte nur durch eine Änderung der Finanzbeziehungen zwischen dem Land und der ihm nachgeordneten Kommunen konsolidieren lassen, bleibt. Ein bloßes "Pflasterkleben" hilft nicht mehr und auch nicht ein ständiges „am goldenen Zügel halten“ durch Zuweisungen und Zuschüsse. Kommunale Selbstverwaltung setzt einen Handlungsspielraum voraus, der derzeit nicht mehr gegeben ist und vor allem Vertrauen darin, dass vor Ort die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Wenn das Land zum Beispiel Schulsozialarbeit für wichtig erachtet, muss es diese auch dauerhaft finanzieren, genauso wie die Ganztagesgrundschule, den Klimaschutz, die Flüchtlingsunterbringung, die Inklusion und Vieles andere mehr, was den Kommunen immer wieder auferlegt wird, ohne dass eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung gesichert wird.

Gleichzeitig belastet den städtischen Haushalt auch die Kreisumlage, die immer stärker ansteigen muss, weil auch der kommunale Haushalt des Landkreises, insbesondere durch den eben genannten Bereich der Eingliederungshilfe, immer mehr zusätzlich belastet wird.

Wir machen weiterhin unsere Hausaufgaben, verlieren unsere Zuversicht in unsere kommunale Stärke nicht und setzen darauf, dass das Land weiterhin an einer fairen Finanzpartnerschaft interessiert ist und nicht durch ständige mit Schulden finanzierte Einzelbezuschung, wie das derzeit durchgereichte Konjunkturpaket, immer mehr erreicht wird, dass die kommunale Selbstverwaltung aufgelöst und stattdessen ein Abhängigkeitsverhältnis zum Land Baden-Württemberg geschaffen wird. Unseren diesbezüglichen Optimismus werden wir uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen.

Ich danke im Übrigen all unseren Unternehmen, die durch gutes Wirtschaften für eine stabile Einnahmesituation sorgen, ebenso wie allen Beschäftigten, die durch ihren ebenfalls stabilen Anteil an der Einkommenssteuer ebenfalls dafür sorgen, dass trotz der chronischen Unterfinanzierung des Ergebnishaushalts die Auswirkungen noch relativ moderat bleiben.

Damit ist der Haushaltsplanentwurf 2026 in den Gemeinderat eingebracht. Stadtkämmerer Essig wird nun in einer Analyse nochmals die wesentlichen Randdaten beleuchten.

In der Januar-Sitzungsrunde ist geplant, dass die Fraktionen ihre jeweiligen Stellungnahmen zum Entwurf vorbringen und gegebenenfalls Anträge stellen. Zu diesen Anträgen wird die Verwaltung in den Ausschusssitzungen am 24. Februar 2026 Stellung nehmen. Der Haushaltsplan 2026 soll dann schließlich in der Gemeinderatssitzung am 3. März 2026 verabschiedet werden.

Ich danke allen Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung sehr für die Vorbereitung dieses Haushaltsplanentwurfs. In allen Fachbereichen wurde sehr intensiv nach Einsparpotenzialen gesucht und es wurden auch nicht unerhebliche Einsparungen bei den Planansätzen vorgenommen. Ganz besonders danke ich Herrn Stadtkämmerer Essig und seinem Team um Frau Halsdorfer, die diesen Entwurf wieder fristgerecht zur Dezember-Sitzung vorbereitet haben.

Ich freue mich auf konstruktive Haushaltsberatungen in nicht einfacher Zeit.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.